



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 69/2010 Kiel, 20. Mai 2010

Redeauszug - Es gilt das gesprochene Wort!

Landesentwicklungsplan

Anhörungsverfahren notwendig!

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erklärt der Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, zum seinem Alternativantrag zur „Resolution der Städte im Städteverband Schleswig-Holstein zum Landesentwicklungsplan 2010 - 2025“ (TOP 23.2):

„Kiel liegt zwar am Wasser, aber wir leben nicht auf einer Insel. Wir haben Nachbarn, das sind kleinere und größere Gemeinden und übergeordnet zwei Landkreise. Der Landesentwicklungsplan regelt bzw. gibt Vorgaben über wesentliche Entwicklungsbereiche, die uns und unsere Nachbarn gemeinsam berühren. Den Erfolg des bisherigen LEP kann man zusammenfassend als „gescheitert“ bewerten. Er hat weder die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes voran gebracht, noch die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten gefördert.

Dieses Verhältnis zu unseren Nachbarn – und dies wurde von allen Fraktionen in der Rathausrunde eindrucksvoll bestätigt – ist bis auf eine Ausnahme desaströs, geprägt von gegenseitigem Misstrauen und mangelnder Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Ähnliches erlebe ich auch im Umfeld von Lübeck, hier habe ich mit Bürgermeisterinnen und auch Landräten beruflich zu tun, auch hier gibt es viele auch öffentlich wahrnehmbare Spannungen. Als eine wesentliche Ursache für diese Spannungen wurde immer wieder genannt, man sei – wenn überhaupt – nur Junior-Partner, der LEP ließe eine gleichberechtigte Partnerschaft nicht zu.

Auch der von Innenminister Hey 2009 vorgelegte LEP setzte diese Tradition fort – man kann dies sehr deutlich an den Pressemitteilungen und Stellungnahmen des Gemeindetages und des Landkreistages erkennen. Nach dem Regierungswechsel beschloss der Landtag neue „Eckpunkte zum Landesentwicklungsplan“. Diese Eckpunkte wurden nun wiederum vom Gemeindetag ausdrücklich begrüßt (Presseerklärung vom 11. März). Auch der Landkreistag hat sich nach telefonischer Rückfrage positiv zu der neuen Ausrichtung des LEP geäußert. Aber nun rufen die Städte lauthals, dass ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt würden.

Dies ist eine Situation, die von den Fraktionen der Kieler Ratsversammlung unterschiedlich beurteilt wird. Die Kooperation und auch die LINKE wollen wieder – wie in der Resolution vorgesehen – zum ursprünglichen Entwurf zurück. Frei nach dem Motto, was interessieren uns die Belange unserer Nachbarn, wir sitzen am längeren Hebel. Das entspricht der Basta-Politik die wir hier im Hause von Ihnen kennen frei nach der Devise, wir haben die Macht. Dies kann man zwar darstellen mit den Worten „wir haben die Interessen der Stadt zu vertreten“ – doch dies ist aus meiner Sicht nur kurzfristig gedacht und wird in keiner Weise die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land verbessern und damit wird auch eine umfassende interkommunale Zusammenarbeit mehr als nur erschwert.

Doch auch bei allem Verständnis für Freiheiten in der Entwicklung auch der ländlichen Räume müssen die Städte ihre Funktion als Oberzentren erhalten können. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, dass jetzt die Städte in die Rolle des Junior-Partners fallen. Deshalb stellen wir heute den Antrag, dass ein erneutes Anhörungsverfahren stattfinden muss, um hier einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen den Städten und Gemeinden bzw. Kreisen zu finden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir langfristig nur dann eine positive Entwicklung haben werden, wenn sich alle Partner auf gleicher Augenhöhe begegnen. Deshalb wird es mit uns kein Zurück zum ursprünglichen Entwurf geben – wohl aber zu einem Anhörungsverfahren und damit zu einer Chance eines vernünftigen Interessenausgleichs. Der Städteverband/Städtetag wird hier ein guter Vertreter unserer Interessen sein – doch dazu bedarf es eines neuen Anhörungsverfahrens, um die durch die kommunale Selbstverwaltungsgarantie geschützte Planungshoheit der Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein verfassungsgemäß berücksichtigen zu können – und dies wollen wir mit unserem Antrag erreichen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer